

Titel seit

Bischof empört über Abschiebep Praxis

Hildesheim (mb). Der Hildesheimer Bischof Norbert Trelle kritisiert die Praxis von Ausländerbehörden, abgeleitete Asylbewerber nachts abzuschieben. Solche Abschiebeaktionen empörten ihn, sagte Trelle dieser Zeitung. ...Abschiebe-

magnahmen im Morgenrauen erinnern mich an Nacht- und Nebel-Aktionen autoritärer Unrechtsstaaten. Das sollte man lassen in einem Rechtsstaat wie dem unseren. Das ist schlicht unwürdig.“ In Niedersachsen hat die schwarz-gelbe Koalition die Praxis eingeführt.

► Trelle im Interview

Seite 22

„Nächtliche Abschiebungen empören mich“

Der Hildesheimer Bischof Norbert Trelle fordert im HAZ-Interview eine barmherzige Flüchtlingspolitik

Herr Bischof Trelle, vor Kurzem hat das Bundesverfassungsgericht die bisherigen stark gekürzten Leistungen für Asylbewerber für verfassungswidrig erklärt. Sie haben das Urteil begrüßt.

Ja, dieses Urteil war überragend. Seit Anfang der neunziger Jahre waren die Sätze für einen Asylbewerber gleich geblieben – mit etwa 235 Euro pro Monat. Das ist derartig minimal, dass jeder Einsichtige sagt, so geht das nicht mehr. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich festgestellt, dass es auch nicht darum gehen kann, mit möglichst niedrigen Sozialätzen Asylbewerber abzuschrecken. Menschenwürde lässt sich nicht migrationspolitisch relativieren. Ich bin ohnehin der Meinung, man sollte auf ein spezielles Asylbewerberleistungsgesetz verzichten und die Flüchtlinge nach normalen Sozialhilfestandards versorgen.

Wenn es um Flüchtlingsschicksale geht, geraten Kirche und Politik häufiger in Konflikt, etwa bei Ihnen in Hildesheim um die Zukunft der Gazale Salame.

Ich kann nicht verstehen, warum man in diesem Fall nicht zu einer humanitären Lösung kommt. Die Familie lebt seit sieben Jahren auseinandergerissen. Verantwortliche Politiker müssten bei allen Schwierigkeiten, die solche Fälle mit sich bringen können, auch über ihren Schatten springen können. Wir haben als Kirche natürlich die Pflicht, Anwalt dieser Menschen zu sein. Im Falle Gazale Sala-

me haben unsere Wohlfahrtsverbände ebenso wie die evangelischen und katholischen Bischöfe von Hannover, Braunschweig und Hildesheim wiederholt um eine humanitäre Lösung gebeten. Nach sieben Jahren Trennung ist es hoch an der Zeit, endlich eine menschlich befriedigende Lösung zu finden.

Warum geraten Kirche und Politik in solchen Fällen aneinander?

Es stehen Werte gegeneinander. Recht und Barmherzigkeit geraten in Konfrontation. Es wird von staatlicher Seite immer wieder auf die Rechtslage und den Buchstaben des Gesetzes verwiesen. Natürlich kann und will auch ich nicht einem Zustand der Willkür und Rechtlosigkeit das Wort reden, aber im Umgang mit solchen Flüchtlingsschicksalen wie dem genannten sollte doch die Frage der Barmherzigkeit eine größere Rolle spielen.

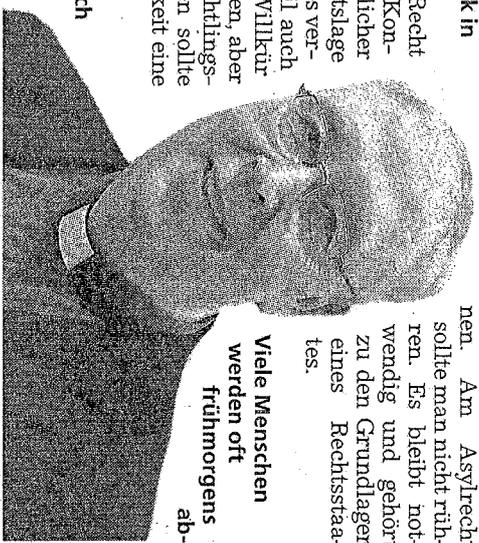
Ist unser deutsches Asylrecht noch zeitgemäß, das stets von der politischen Verfolgung ausgeht? Dabei kommen doch die meisten Flüchtlinge aus wirtschaftlicher Not.

Dass Menschen in andere Länder flüchten, weil sie in ihrer angestammten Heimat keinen Lebensunterhalt mehr finden, hat es immer gegeben, auch bei uns in Europa. Arbeitsmigration ist weltweit ein The-

ma, auf das die Politik leider noch nicht ausreichend und situationsgerecht reagiert. Auch in Deutschland könnte sicher noch einiges verbessert werden, die Zugangsmöglichkeiten für Arbeitsmigranten aus Nicht-EU-Ländern ließen sich flexibler gestalten. Aber das Asylrecht sollte man vom Thema der Arbeitsmigration schon trennen.

Am Asylrecht sollte man nicht rühren. Es bleibt notwendig und gehört zu den Grundlagen eines Rechtsraumes.

Viele Menschen werden oft frühmorgens ab-



NORBERT TRELLE ist seit sechs Jahren Bischof der

Diözese Hildesheim, die von Cuxhaven im Norden bis Duderstadt im Südosten Niedersachsens reicht. Seit einem Jahr ist der 69-jährige auch stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Sein Interesse für Flüchtlingsfragen kommt nicht von ungefähr, er ist in der Bischofskonferenz Vorsitzender der Migrationskommission.

geschoben, die Behörden begründen dies mit Flugzeiten und dem Argument des Überraschungseffektes. Was halten Sie davon?

Überhaupt nichts. Ja, es empört mich. Abschiebemaßnahmen im Morgenrauen erinnern mich an Nacht- und Nebel-Aktionen autoritärer Unrechtsstaaten. Das sollte man lassen in einem Rechtsstaat wie dem unseren. Das ist schlicht unwürdig.

Die niedersächsische Flüchtlingspolitik steht im Ruf, besonders unbarmherzig zu sein. Teilen Sie dieses Urteil?

Ich kann und mag das nicht beurteilen. In der Vergangenheit haben wir seitens der Kirchen und unserer Wohlfahrtsverbände an Kritik nicht gespart, besonders im Hinblick auf die Härtefallkommission. Wenn man sich die Zahlen von anerkannten Härtefällen anschaut, steht Niedersachsen in Relation zu anderen Bundesländern so schlecht nicht da, wie der Innenminister immer wieder betont. Andererseits waren in der Vergangenheit die Hürden des Verfahrens so hoch, dass etliche Mitglieder der Härtefallkommission ihre Mitarbeit angekündigt hatten. Nach Inkrafttreten verschiedener Veränderungen in der Verfahrensordnung hoffen wir nun, dass diese wirklich zu einer Verbesserung der Arbeit in diesen wichtigen Gremien führen werden.

Hildes-
Reimer
Alte-
Meiner
Zeitung
27.7.12